



Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Präsident des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



für die Mitglieder
des Innenausschusses

60-fach

20. November 2017

Seite 1 von 3

Aktenzeichen

(bei Antwort bitte angeben)

03.10

EKHKin Tix

Telefon 0211 871-3269

Telefax 0211 871-

nadia.tix@im.nrw.de

Sitzung des Innenausschusses am 23.11.2017

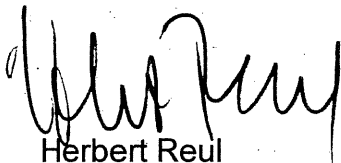
Antrag der Fraktion der SPD vom 10.11.2017

„Was steckt hinter der Ankündigung der Landesregierung, zukünftig Kooperationen mit Verbänden der Logistik- und Fernfahrerbranche zu schließen?“

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Innenausschusses des Landtags übersende ich 60 Exemplare des schriftlichen Berichtes zum TOP „Was steckt hinter der Ankündigung der Landesregierung, zukünftig Kooperationen mit Verbänden der Logistik- und Fernfahrerbranche zu schließen?“.

Mit freundlichen Grüßen


Herbert Reul

Dienstgebäude:

Friedrichstr. 62-80

40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:

Fürstenwall 129

40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01

Telefax 0211 871-3355

poststelle@im.nrw.de

www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:

Rheinbahnlinien 732, 736, 835,

836, U71, U72, U73, U83

Haltestelle: Kirchplatz



Schriftlicher Bericht
des Ministers des Innern
für die Sitzung des Innenausschusses am 23.11.2017 zu dem
Tagesordnungspunkt

„Was steckt hinter der Ankündigung der Landesregierung, zukünftig Kooperationen mit Verbänden der Logistik- und Fernfahrerbranche zu schließen?“

Antrag der Fraktion der SPD vom 10.11.2017

Die Bekämpfung der Eigentumskriminalität, insbesondere des Wohnungseinbruchdiebstahls, ist ein Kernanliegen der Landesregierung und kriminalstrategischer Schwerpunkt der Polizei. Überregional aktive Straftäter und Banden stehen dabei im besonderen Fokus kriminalfachlicher Bekämpfungskonzepte. Der bedeutende Anteil mobiler Intensivtäter erschwert die Aufklärung.

Nordrhein-Westfalen bietet mit einem dichten Netz von Bundesautobahnen und Fernstraßen eine gute Infrastruktur für die hier lebenden Menschen und die Wirtschaft. Mobile Intensivtäter missbrauchen diese günstigen Rahmenbedingungen allerdings für Anfahrten zu Tatorten und als Fluchtwege. Diese Täter gehen arbeitsteilig und professionell vor, sie hinterlassen an den Tatorten häufig nur wenig auswertbare Spuren. Erklärtes Ziel der Landesregierung ist es, Fallzahlen weiter zu senken und Aufklärungsquoten zu erhöhen. Hierzu bedarf es eines innovativen Vorgehens und Ausschöpfung sämtlicher Potentiale, um das Hinweisaufkommen und damit nachhaltig auch die Aufklärungsquote zu steigern.

In diesem Kontext sind im öffentlichen Raum regelmäßig präsente Personen - wie z. B. aus der Transport- und Logistikbranche - für die Polizei als Kooperationspartner von besonderem Interesse. Das Ministerium des Innern ist daher aktuell mit mehreren Verbänden bzgl. möglicher Sicherheitskooperationen im Gespräch.

Grundlage für solche Sicherheitskooperationen können jedoch nur Vereinbarungen auf freiwilliger Basis sein. Diese Vereinbarungen sollen darauf abzielen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter solcher Unternehmen für potentielle Gefahren und Störungen der öffentlichen Sicherheit



zu sensibilisieren und diese zu veranlassen, bei entsprechenden Feststellungen die Polizei niederschwellig und frühzeitig zu informieren.

Seite 3 von 3

Durch derartige Kooperationen könnten Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung frühzeitig erkannt und die Zeit bis zur Intervention durch die Polizei weiter verkürzt, das Entdeckungsrisiko für Straftäter und Störer erhöht und damit ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit und des Sicherheitsempfindens der Bevölkerung geleistet werden.

Damit werden keine hoheitlichen polizeilichen Befugnisse auf Privatpersonen übertragen. Ziel ist zur Verhütung und Verfolgung von Kriminalität, die Aufmerksamkeit von Bürgerinnen und Bürgern, die privat oder - wie mit dem aktuellen Vorhaben vorrangig konzipiert - aus beruflicher Veranlassung im öffentlichen Raum sehr präsent sind, im Interesse der Unterstützung polizeilicher Maßnahmen zu erhöhen und zu nutzen.